

**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

**Sitzung Nr. 6 Ö**

**am Dienstag, 07. Juni 2016**

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Alexander Eger

Gemeinderäte: Albert, Erwin-Peter  
Back, Udo  
Dittmann, Rouven  
Geider, Adolf  
Grün, Klaus  
Heger, Rudi  
Heger, Roman  
Herling, Michael  
Kamuf, Carsten  
Klemenz, Birgit  
Knopf, Norbert  
Köck, Siegfried  
Krenzke, Marina  
Rehorst, Tobias  
Ronellenfitsch, Andrea  
Runde, Anneliese  
Schell, Achim  
Thome, Manuel  
Vetter, Theo  
Weis, Torsten  
Prof. Dr. Werner, Wolfgang

Protokollführung: Reich, Anette

Gäste: Botasow, Bernadette (19:45 Uhr bis 22:20 Uhr)  
Heger, Simone (19:35 Uhr bis 22:20 Uhr)  
Kleiber, Werner  
Klumpp, Vanessa (bis 21:10 Uhr)  
Thome, Sebastian  
Zorn, Harry  
Schrötel, Uwe (TOP 4)  
Weber, Peter (TOP 4)  
Schmitt, Sabine (TOP 5)  
Wühl, Christian (TOP 5)

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 22:20 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 25.05.2016 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 21 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Ferdinand Speckert

Es fehlen unentschuldigt: keine

**Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö**  
**Bekanntgabe der am 03.05.2016**  
**nicht-öffentlich gefassten Beschlüsse**  
**Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 03.05.2016**

**Tagesordnungspunkt: 1**

**- 022.3 -**

**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

---

**Ausführungen und Beschluss:**

Das öffentliche Sitzungsprotokoll vom 03.05.2016 hat offen gelegen.

**Bürgermeister Dr. Eger** informiert über die Einstellung von Herrn Ralf Marquetand als Mitarbeiter für die Kläranlage in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis; er hat die Stelle bereits angetreten.

Der Gemeinderat hat die Verleihung der Bürgermedaille in Gold an Herrn Karl Ittensohn für seine Verdienste als langjähriger Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr Rot beschlossen. Des Weiteren hat er die Verleihung der Bürgermedaille in Silber an Herrn Manfred Bitz für seine Verdienste als stellvertretender Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr St. Leon beschlossen. Die Ehrungen sollen im Rahmen der Kameradschafts-abende nach der Sommerpause vorgenommen werden.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 2</b>
<b>Bestellung von Urkundspersonen</b>	<b>- 022.3 -</b>

**Ausführungen und Beschluss:**

Turnusgemäß werden **Gemeinderat Udo Back** und **Gemeinderat Rouven Dittmann** als Urkundspersonen vorgeschlagen.

**Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 3</b>
<b>Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung</b>	<b>- 022.3 -</b>

**Ausführungen und Beschluss:**

**Herr Gerd Bassing**, Am Breitenweg 20, bezieht sich für die Bürgerinitiative Natürlich St. Leon Stopp Umgehung e.V. auf das Ergebnis der Bürgerbefragung zur Ortsumfahrung St. Leon und stellt unter Hinweis auf das geringe Delta von 49 % Gegnern und 51 % Befürworteten die generelle Akzeptanz einer Umgehungsstraße infrage. Er befürwortet die Herbeiführung eines Bürgerentscheids als demokratisches Mittel zur Entscheidungsfindung. Er bemängelt, dass der Gemeinderat bei der Vorstellung der Trassenführungen einer Südumgehung durch Herrn Herr Dr. Gericke einen hohen Flächenverbrauch und die große Nähe zur Bebauung sehr kritisch bewertet hat, wohingegen er diese Gründe bei der Nordumgehung bisher nicht gehört hat und Maßnahmen wie Lärmschutzwand, Untertunnelung oder Tieferlegung zu einem späteren Zeitpunkt keine Rolle mehr spielen werden. Aus seiner Sicht spricht das Ergebnis der Bürgerbefragung gegen eine Vorfinanzierung und gegen eine Ortsumfahrung.

Für **Bürgermeister Dr. Eger** waren die einstimmigen und später mit zwei Gegenstimmen aber immer noch mehrheitlich gefällten Entscheidungen des Gemeinderats maßgeblich, den Auftrag, eine Bürgerbefragung durchzuführen, weiter zu verfolgen. Eine Mehrheit nun in eine Minderheit umzudeuten ist aus seiner Sicht gewagt. Die inhaltliche Diskussion über die Südumgehung wird weitergeführt, wenn diese auf der Tagesordnung steht.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 4</b>
<b>Kriminalitätsentwicklung 2015</b>	
<b>Gemeinde St. Leon-Rot</b>	<b>- 552.10 -</b>

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** begrüßt Herrn Uwe Schrötzel, Leiter des Polizeireviers Wiesloch, und Herrn Peter Weber, Leiter des Polizeipostens St. Leon-Rot.

**Revierleiter Uwe Schrötzel** referiert die allgemeinen Trends anhand der beigefügten Präsentation. Sorge bereiten Gewaltdelikte wie Raub, Bedrohung, Erpressung und Körperverletzung sowie die steigende Neigung, Konflikte mit Gewalt auszutragen. Auch bei der Diebstahlkriminalität, den Wohnungseinbrüchen und Kraftfahrzeugaufbrüchen ist eine steigende Tendenz zu beobachten, wohingegen bei Fahrraddiebstählen der Trend eher rückläufig ist. Die Fallzahlen bei der Rauschgiftkriminalität hängen direkt vom Kontrollumfang der Polizei ab. Der auf der Gemarkung der Gemeinde St. Leon-Rot gelegene Autobahnparkplatz an der A5 ist häufiger Kontrollplatz und damit auch Tatort. Von den gesamten Fallzahlen sind nur 14 Taten der Gemeinde selbst zuzurechnen. Bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen ist in den letzten beiden Jahren ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Tatorte häufen sich in Randsiedlungen und dort, wo gute Verkehrsinfrastruktur herrscht. 98 % der Wohnungseinbrüche ereignen sich über die Fenster und Terrassentüren, so dass technische Sicherungsmaßnahmen dringend anzuraten sind. Nachbarschaften sind zu erhöhter Aufmerksamkeit aufgerufen. Er appelliert an die Bevölkerung, die Polizei bei Verdächtigen immer sofort zu rufen. Entgegen des allgemeinen Trends sind Vermögens- und Fälschungsdelikte rückläufig, Sachbeschädigungen sind insgesamt auch rückläufig, allerdings bei Kraftfahrzeugbeschädigungen trotzdem auf hohem Niveau; auch hier ist

**Niederschrift  
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

frühzeitiges Zeugenverhalten gefordert, um die Aufklärungsquote zu verbessern. Die 14 Rauschgiftfälle betreffen unter anderem jugendlichen Cannabiskonsum. Die Straßenkriminalität, also alle Delikte, die sich im öffentlichen Raum zutragen, als Indikator für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger liegt nicht ganz im dramatischen Bereich, aber auch nicht im Wohlfühlbereich. Die allgemeine Erfahrung bei jugendlichen Tatverdächtigen zeigt, dass sie dort eher niedriger ist, wo es ein Jugendhaus, Jugendarbeit und Jugendförderung gibt. Diese sind in St. Leon-Rot vorhanden und beeinflussen das Ergebnis positiv. Insgesamt liegt St. Leon-Rot in den Häufigkeitszahlen der Kriminalitätsbelastung im zufriedenstellenden Mittelfeld im Landesvergleich. Im Ergebnis hatte die Gemeinde 2015 19 Fälle weniger. Die deliktischen Schwerpunkte waren Diebstahl, Rohheitsdelikte und Rauschgift; aus polizeilicher Sicht liegen die Schwerpunkte künftig im Bereich Eigentumsdelikt, Bekämpfung der Rohheitsdelikte und Betäubungsmittelkriminalität.

**Bürgermeister Dr. Eger** möchte wissen, ob die Gaststätte Arena in Rot im Zusammenhang mit Rauschgiftdelikten auffällig geworden ist.

**Polizeipostenleiter Peter Weber** kann nicht ausschließen, dass dort auch Rauschgift im Umlauf sein könnte. Aber im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterkunft gibt es bislang keine Auffälligkeiten. Es gab keine Vorfälle und damit keinen aktuellen Handlungsbedarf.

**Gemeinderat Siegfried Köck** erkundigt sich nach der Aufklärungsquote bei Fällen von Giftködern-Auslegung für Hunde.

**Revierleiter Uwe Schrötel** informiert, dass solche Fälle durch die Hundeführerstaffel Walldorf ermittelt werden.

**Polizeipostenleiter Peter Weber** berichtet, dass in einem konkreten Fall ein Tier durch Giftködern zu Schaden kam. Unabhängig davon gibt das Verhalten von Hundehaltern oftmals Anlass zu Problemen wie zum Beispiel das Anleinvertreten oder das Hinterlassen von Unrat auf fremden Grundstücken, die zu vermeiden wären.

**Gemeinderat Udo Back** bittet um Kontrolle in der nächsten Zeit am Zebrastreifen Hauptstraße/Ecke Kirrgasse morgens in der Zeit zwischen 07:00 und 09:30 Uhr, da an dieser Stelle Autofahrer für Fußgänger häufig nicht anhalten.

**Gemeinderat Roman Heger** betont, dass seiner Fraktion vor allem die Wohnungseinbrüche schwere Sorge bereiten, und appelliert an die Bevölkerung, die Polizei unverzüglich zu benachrichtigen, wenn auf dem Nachbargrundstück Unregelmäßigkeiten festzustellen sind.

**Der Gemeinderat nimmt den Bericht über die Kriminalitätsentwicklung 2015 in der Gemeinde St. Leon-Rot zur Kenntnis.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b> <b>S-Bahn Rhein-Neckar 2. Ausbaustufe – Streckenabschnitt</b> <b>Heidelberg-Bruchsal-Verlängerung der Bahnsteige</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 5</b>  <b>- 797.75 -</b>
---	---

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Dr. Eger** begrüßt Frau Sabine Schmitt, stellvertretende Leiterin des Amtes für Nahverkehr und Wirtschaftsförderung des Rhein-Neckar-Kreises, sowie Herrn Christian Wühl, Leiter der Abteilung Planung des VRN.

**Komm. Hauptamtsleiterin Anette Reich** hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Tobias Rehorst** unterstützt für seine Fraktion den komplizierten Verteilungsschlüssel, wie bereits damals, ebenso wie die moderate Steigerung um 3 %. Er bittet um Erläuterung, in welchem Zusammenhang die Deckelung der Planungskosten auf 24 % zu sehen ist.

**Herr Christian Wühl** erklärt, dass die Planungskosten normalerweise komplett von kommunaler Seite zu finanzieren sind, hier jedoch in der Verhandlung mit dem Land und der DB eine Deckelung auf 24 % der Baukosten als Sonderregelung erzielt werden konnte. Bei den Planungskosten konnte somit eine deutliche Reduzierung erreicht werden.

**Gemeinderat Rudi Heger** befürwortet aufgrund der sehr starken Nutzung der S-Bahn die Verlängerung der Bahnsteige und signalisiert Zustimmung.

**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

---

**Gemeinderat Achim Schell** begrüßt die Maßnahme ebenfalls.

**Gemeinderat Udo Back** möchte wissen, warum es noch drei Jahre bis zum Ausbau braucht.

**Herr Christian Wühl** erklärt, dass die zweite Ausbaustufe ihren Schwerpunkt auf die Nord-Süd-Linien legt und man nicht auf allen Strecken gleichzeitig bauen kann. Die bloßen Bahnsteigverlängerungen rücken daher im Bauzeitenplan zeitlich nach hinten auf das Jahr 2019.

**Gemeinderat Manuel Thome** möchte wissen, ob dann ein Intercity in Rot-Malsch halten kann.

**Herr Christian Wühl** vermutet, dass dies eventuell für einen kürzeren IC zutreffen könnte.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Die Gemeinde stimmt der Entwurfsplanung 2016 zur S-Bahn Rhein-Neckar 2. Ausbaustufe – Streckenabschnitt Heidelberg-Bruchsal – Verlängerung der Bahnsteige zu. Der Erhöhung des auf St. Leon-Rot entfallenden kommunalen Anteils in Höhe von 5.383 € wird zugestimmt.**

**Komm. Hauptamtsleiterin Anette Reich** informiert, dass die Gemeinde Reilingen sich an die Buslinie 719 anzubinden wünscht und hierfür im Zuge der Herstellung eines Kreisels in der Ortseinfahrt/Einmündung Haydnstraße auch eine Bushaltestelle baut. Die Gemeinde Reilingen signalisiert Bereitschaft zur Beteiligung an den jährlichen Kosten - jährlicher Kostenanteil ca. 22.000 € - bezogen auf die Gesamtkilometerleistung der Linie und beabsichtigt einen Probebetrieb über zwei Jahre beziehungsweise Dauerbetrieb bei Bewährung. Die Anbindung kann bautechnisch zum 27.06.2016 erfolgen. Fahrplantechnisch ergeben sich hierdurch ebenfalls Verbesserungen bei den Übergangszeiten in Neulußheim.

**Bürgermeister Dr. Eger** ergänzt, dass zum Fahrplanwechsel Verbesserungen notwendig wurden, damit in Neulußheim morgens die Züge und mittags die Abbringerbusse besser erreicht werden, weil dies auch die ursprüngliche Intention bei der Neuvergabe und den Busumläufen war.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>6</b>
<b>Generalverkehrsplan 2010 Baden-Württemberg</b>		
<b>L 546, Ortsumfahrung St. Leon</b>		
<b>hier: Ergebnis der Bürgerbefragung und mögliche</b>		
<b>weitere Vorgehensweise</b>	<b>- 650.01 -</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

**Bürgermeister Dr. Eger** hält das Ergebnis der Bürgerbefragung für einen eindrucksvollen Beweis dafür, dass Ortsteildenken bei einer Wahlbeteiligung von 70 % keine Rolle spielte und dass Gerechtigkeitsempfinden nicht mit Ortsteildenken gleichzusetzen ist, sondern sachorientiertes objektiveres Handeln herrscht. Er möchte die Wahrnehmung, die Gemeinde wolle eine Ortsumfahrung bauen, insofern korrigieren, als es sich hier um eine Landesstraße im Maßnahmenkatalog des Generalverkehrsplans des Landes handelt, für die die Entscheidung nicht im Ort zu treffen ist. Inhaltliche Differenzen zwischen der Grünenbasis am Ort und den Entscheidungsträgern der Landesregierung sollen nicht auf dem Rücken der Bevölkerung und in der Kommunalpolitik ausgetragen werden. Auch verwahrt er sich insoweit gegen Angriffe auf ihn als Bürgermeister.

Für **Gemeinderat Siegfried Köck** handelt es bei der Ortsumfahrung um eine Landesmaßnahme. Die Gemeinde kann erst Stellung beziehen, wenn Vorschläge da sind. Sie wird von einer Mehrheit im Ort als Entlastung gewünscht. Die Vorfinanzierung der Planungsrate ist für ihn davon abhängig, ob die Gemeinde auch im Falle einer Nichtrealisierung der Ortsumfahrung, zum Beispiel wegen der Umweltverträglichkeitsprüfung, ihr Geld wieder zurückbekommen wird. Seine Fraktion wird unterschiedlich abstimmen.

**Bürgermeister Dr. Eger** spricht sich für eine Vorfinanzierung aus, sofern mit dem Land eine sinnvolle Regelung zu finden ist. Das Zinsrisiko von 0,1 bis 0,2 % bei einem Anlagehorizont von zwei bis drei Jahren ist vernachlässigbar. Denkbar ist, dass bei Sonderwünschen in der Planung eine Eigenbeteiligung an der Gemeinde hängen bleiben wird.

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** informiert, dass die Einzelheiten in der DVO Vorfinanzierung geregelt sind.

**Gemeinderat Rudi Heger** möchte nicht drei Jahre verschenken. Das Zinsrisiko ist zu vernachlässigen. Fünf

**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

---

von acht Wahlbezirken haben zugestimmt. Er signalisiert für seine Fraktion Zustimmung.

**Gemeinderat Achim Schell** hofft für St. Leon-Rot am meisten zu erreichen, wenn die Gemeinde mit einer Stimme redet. Bei negativem Ausgang der Umweltverträglichkeitsprüfung erhält die Gemeinde ihr Geld zurück. Er signalisiert Zustimmung, damit ersichtlich wird, wo und wie die Trasse verlaufen soll.

**Gemeinderat Udo Back** ist für eine Vorfinanzierung und möchte jedoch die beiden letzten Worte des Beschlussvorschlages streichen.

**Gemeinderat Manuel Thome** möchte wissen, ob die Gemeinde auch dann das Geld erstattet bekommt, wenn sie sich aufgrund der dann vorgelegten Trassenplanung gegen eine Umsetzung entscheiden sollte.

**Bürgermeister Dr. Eger** schätzt es als ein Risiko des Landes ein, das nicht zulasten der Gemeinde gehen dürfte, da sich diese Situation auch ergeben kann, wenn das Land erst 2019 mit der Planung beginnt und die Gemeinde dann als Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahme abgibt. Daraufhin könnte genau die gleiche Situation entstehen. Er schlägt vor, heute nur einen Verhandlungsauftrag für eine Vorfinanzierungsregelung zu beschließen und diese dann noch einmal vorzulegen.

**Gemeinderat Norbert Knopf** hält die Straße aus Sicht der Grünen für überflüssig. Sie möchten das Naherholungsgebiet erhalten, den Flächenverbrauch reduzieren, Klima schützen, weniger Verkehr anziehen als gute Argumente, die von 49 % der Bevölkerung geteilt werden. Er sieht sich damit auch nicht in Opposition gegen die Landesregierung, die gegenüber dem Weiterblick vor Ort noch Nachholbedarf hat. Nach dem Ergebnis der Bürgerbefragung sieht er kein vordringliches Begehren, dass die Sache vorangetrieben werden muss, und demnach keine Veranlassung früher zu beginnen. Sie akzeptieren das Ja aus der Bürgerbefragung, aber sehen keinen vordringlichen Bedarf mit der Planung früher zu beginnen.

**Gemeinderat Theo Vetter** möchte wissen, ob die Planungskosten auf zwei Millionen gedeckelt sind.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt klar, dass es letztlich das Risiko des Landes ist und mit einem zinslosen Darlehn zu vergleichen ist, wobei die Gemeinde ca. 0,15 % Zinsverlust einbringt.

**Gemeinderat Tobias Rehorst** möchte wissen, ob die Planungsleistungen auch das Umweltgutachten umfassen und ob die Varianten aus dem Gutachten von Herr Dr. Gericke aufgegriffen werden oder die Planung komplett ergebnisoffen ist, dies vor allem im Hinblick auf den neuralgischen Punkt am Anglersee.

**Bürgermeister Dr. Eger** ordnet das Gutachten von Herr Dr. Gericke als sachliche und fachliche Argumentationshilfe gegenüber dem Planungsträger Land bei Abweichungswünschen ein.

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** informiert, dass die Planung alle Schritte einschließlich Raumplanung, Landschaftsplanung und artenschutzrechtliche Untersuchungen umfassen. Im Rahmen der Vorplanung werden dann auch Trassenvarianten erstellt. Das Verkehrsgutachten von Herr Dr. Gericke enthält hingegen keine Variantenplanung. Die vom RP beauftragten ersten Linien waren für die Antragsstellung gedacht, sind jedoch keine Trassenvarianten. Die Planung hingegen fängt bei Null an.

**Gemeinderätin Martina Krenzke** weist darauf hin, dass wenn die Straße gebaut werden soll, nicht nur der neuralgische Punkt am Anglersee eine Rolle spielt, sondern das Naherholungsgebiet und die Landschaft zerschnitten werden. Sie würde dann einen Tunnel befürworten und möchte wissen, ob eine solche Vorgabe in die Planung eingehen würde, im Unterschied zur Vorgabe einer oberirdisch geführten Straße, auch im Hinblick auf den Bach.

**Bürgermeister Dr. Eger** würde es begrüßen, wenn entsprechende politische Unterstützung für die Sinnhaftigkeit einer solchen Maßnahme vertreten werden würde.

**Gemeinderat Adolf Geider** ist der Meinung, dass St. Leon dringend eine Umgehung braucht. Er ist für die Vorfinanzierung unter der Bedingung, dass an der Gemeinde nichts hängen bleibt. Die Südvariante sollte man bis 2030 ins Auge fassen und in diesem Bereich entsprechend nichts mehr verbauen.

**Der Gemeinderat fasst mit 19 Ja-Stimmen, zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:**

**Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung mit dem Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) bzw. dem Regierungspräsidium Karlsruhe, eine Vorfinanzierungsregelung zur Planung der Ortsumgehung St. Leon auszuhandeln.**

**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

---

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b> <b>Fortschreibung des Bedarfsplans</b> <b>Kinderbetreuung für 2016/2017</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 7</b>  <b>- 460.023 -</b>
--	--

**Ausführungen und Beschluss:**

**Frau Vanessa Klumpp** hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Tobias Rehorst** sieht den Spagat zwischen Wartelisten und Leerstand gut gemeistert, der sich aus Geburtenschwankungen, Zuzügen und Flüchtlingszuweisungen ergibt. Er dankt den Trägern für die gute Zusammenarbeit und bittet die Situation im Krippenbereich gut im Auge zu behalten und um frühzeitige Information im Falle von Engpässen sowie um ebenfalls frühzeitige Verhandlung mit den Trägern über die Schaffung neuer Krippenplätze. Er erkundigt sich nach dem Sachstand zum Thema Waldkindergarten. Seine Fraktion wird dem Bedarfsplan zustimmen.

**Gemeinderat Achim Schell** möchte wissen, ob ein neuer Kindergarten benötigt wird und wie viele Beschäftigte im Umfeld der Kindertageseinrichtungen die Träger haben. Seine Fraktion wird dem Bedarfsplan zustimmen.

**Gemeinderat Udo Back** möchte wissen, ob das Schulkind-Betreuungsangebot in Rot ausgebaut werden muss.

**Frau Vanessa Klumpp** informiert, dass einige Kinder aufgrund von nachunterrichtlichen Angeboten der Parkringschule aus dem Hort ausgeschieden sind und dadurch Wartelistenkinder nachrücken konnten. Die Warteliste ist somit abgebaut.

**Gemeinderat Rouven Dittmann** betont, dass man mit 1.000 Betreuungsplätzen sehr gut aufgestellt ist und fragt, welche Optionen für die Trägerschaft einer weiteren Einrichtung denkbar sind.

**Bürgermeister Dr. Eger** hält es für wahrscheinlich, das man für den schon angedachten Waldkindergarten einen anderen Träger als die Kirche finden müssen. Insgesamt hält er eine Vielfalt von Trägern und Tagesmüttern für begrüßenswert.

**Gemeinderat Norbert Knopf** bedankt sich für die gute vorausschauende Planung. Er sieht einen großen Bedarf für längere Betreuungszeiten. Um Bildung von Herkunft abzukoppeln, plädiert er für den Kapazitätsausbau bei der Kleinkindbetreuung und hält es für wichtig, über Ganztagschulen nachzudenken. Im Falle der Einführung des von der grün-schwarzen Landesregierung geplanten beitragsfreien Kindergartenjahrs möchte er den für diesen Jahrgang eingesparten 20 € - Platzzuschuss an die anderen Jahrgänge weitergeben.

**Bürgermeister Dr. Eger** lenkt ein, das dieser Vorschlag nur in die Diskussion eingebracht werden sollte, wenn an den Gemeinden aus dieser Beitragsfreiheit tatsächlich keine Mehrbelastungen hängen bleiben sollten, was er jedoch als fraglich ansieht.

**Gemeinderat Michael Herling** begrüßt den Vorschlag eines Waldkindergartens und weist darauf hin, dass die AWO Rhein-Neckar 15 bis 20 solcher Einrichtungen betreibt und er gerne dazu einen Kontakt herstellen kann.

**Gemeinderätin Anneliese Runde** regt an, den Tagesmüttern in den Gemeindenachrichten ein Forum einzurichten.

**Bürgermeister Dr. Eger** dankt den Trägern der Kindertageseinrichtungen sowie dem pädagogischen Personal und ihren Verwaltungskräften für ihre Arbeit.

**Der Gemeinderat beschließt einstimmig den Bedarfsplan 2016/17 für die Kinderbetreuung in der beiliegenden Fassung. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b> <b>Möblierung der Mensa und des Schülercafés</b> <b>an der Parkringschule</b> <b>hier: Auftragsvergabe</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 8</b>  <b>- 207.74 -</b>
--	---

**Ausführungen und Beschluss:**

**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

---

**Frau Vanessa Klumpp** hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Auftrag zur Lieferung der Möblierung für die Mensa und das Schülercafé wird an die Firma Vereinigte Spezialmöbelfabrik GmbH & Co. KG aus Tauberbischofsheim zur Auftragssumme von 24.427,35 € vergeben.**

**Gemeinderätin Marina Krenzke** und **Gemeinderat Erwin-Peter Albert** sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 9</b>
<b>Gewährung eines Gemeindedarlehens an den Eigenbetrieb Erholungsanlage St. Leoner See</b>	<b>- 591.16, 902.4 -</b>

**Ausführungen und Beschluss:**

**Eigenbetriebsleiter Sebastian Thome** hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage. Darlehensanfragen bei örtlichen Banken haben einen Zinssatz von über einem Prozent und auch nur zehn Jahren Zinsbindung ergeben.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung einen Darlehensvertrag über 350.000,00 € zwischen der Gemeinde St. Leon-Rot und dem Eigenbetrieb Erholungsanlage St. Leoner See abzuschließen. Es wird ein Zinssatz von 1,0 % bei 20 Jahren Zinsbindung und 20 Jahren Laufzeit vereinbart.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 10</b>
<b>Konzept sozialer Wohnungsbau in St. Leon-Rot</b>	<b>- 644. -</b>

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

**Bürgermeister Dr. Eger** dankt der Leiterin der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Frau Simone Heger und Herrn Bauamtsleiter Werner Kleiber für die detaillierte Darstellung dessen, was unter sozialem Wohnungsbau in St. Leon-Rot inhaltlich zu verstehen ist.

**Gemeinderat Siegfried Köck** bittet im Zusammenhang mit dem Erwerb von Immobilien für die Flüchtlingsunterbringung um Wachsamkeit bei Verwaltung und Gemeinderat, dass der Bedarf der sozial Schwachen gedeckt werden kann.

**Bürgermeister Dr. Eger** spricht die Gerechtigkeitsdiskussion in der Öffentlichkeit an, die den Immobilienerwerb für die Flüchtlingsunterbringung und die Bereitstellung von günstigem Wohnraum für die einheimische Bevölkerung gegeneinander aufbringt. Unabhängig von der Bereitstellung einer Notfallunterkunft im Rathaus wurde aber auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen, dass die Gemeinde das Notwendige für die Anschlussunterbringung mit der Verbesserung des Ortsbildes durch die Herrichtung sanierungsbedürftiger Objekte als Positives verbindet. Dabei hatte es sich um Objekte gehandelt, die ohnehin schwer zu vermarkten gewesen waren und länger leer gestanden hatten. Sofern private Kaufinteressenten vorhanden waren, hatte sich die Gemeinde herausgehalten. Er würde sich auch nicht einem Verwaltungsauftrag verweigern, den Kauf von je vier Wohnungen in der Tröndle-Bebauung bzw. bei den Neubauten im Ortskern Rot anzugehen und diese anschließend zu vermieten. Er warnt jedoch vor einer Erwartungshaltung, wenn die Gemeinde selber neu bauen soll, da hier die höchsten Baustandards zum günstigsten Preis erwartet werden.

**Gemeinderat Achim Schell** plädiert für den Erwerb von Wohnungen zu marktüblichen, nicht übersteuerten Preisen. Wie die Gemeinde sie weitergibt, muss noch besprochen werden. Er sieht keinen Kostenvorteil darin, dass die Gemeinde selber als Bauherr handelt.

## Niederschrift zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016

---

**Bürgermeister Dr. Eger** hält die subjektive Wahrnehmung von überteuertem Wohnraum für nicht richtig und stellt fest, dass die Gemeinde Wohnraum auch nicht billiger bauen könnte und sich die Kostenvorteile eines Privaten aufgrund anderer Regelungsvorgaben nicht leisten könnte. Wohnraum für soziale Zwecke ist ansonsten über städtebauliche Verträge gemäß § 11 BauGB bei Ausweisung neuer Baugebiete regelbar, wobei der Preis für die Wohnungen letztlich wesentlich vom Grundstückspreis abhängt.

**Gemeinderat Norbert Knopf** ist ebenfalls für die Zurverfügungstellung von preiswertem Wohnraum an sozial Schwächere. Die Gemeinde soll nicht selbst sozialen Wohnungsbau betreiben, sondern als Vermieterin auftreten, um die Marktmiete etwas zu dämpfen. Er ist deshalb für den Ankauf einiger Wohnungen und deren Vermietung.

**Gemeinderat Klaus Grün** ist der Meinung, dass mehr Wohnungen für sozial Schwächere, wie zum Beispiel Ältere, Geschiedene, Alleinerziehende, notwendig sind, vor allem auch Ein- bis Zweizimmerwohnungen. Ihm wird immer wieder der Vorwurf zugetragen, dass Wohnungen für Flüchtlinge zurückgehalten werden.

**Bürgermeister Dr. Eger** entgegnet, dass die für die Flüchtlingsunterbringung erworbenen Wohnungen eben genau vom Zuschnitt und Zustand her nicht für die gerade genannten Zielgruppen geeignet gewesen wären.

**Gemeinderat Tobias Rehorst** bestätigt die Einschätzung, dass es an kleinen Objekten zum günstigen Preis mangelt. Die erworbenen Objekte für die Anschlussunterbringung wären für diese Zwecke nicht geeignet.

**Bürgermeister Dr. Eger** sieht für die Knappheit mehrere Ursachen. Zum einen war viel Wohnraum immer an Amerikaner vermietet, zum anderen nimmt der Druck von Heidelberg in den Süden aufgrund der dortigen Preisexplosionen, verstärkt durch die gute ÖPNV-Anbindung zu. Drittens werden die Weichen im Ausschuss für Umwelt und Technik durch die Vorgaben der Gemeinde über die Ausnutzbarkeit der Grundstücke durch die Investoren gestellt.

**Gemeinderätin Birgit Klemenz** macht deutlich, dass ihre Fraktion zum Kauf der Kramer-Mühle nur unter der Prämisse zugestimmt hat, dass das dortige Grundstück für Sozialwohnungen zügig geplant wird. Sie wünscht Klarstellung, wie es mit der Notwendigkeit von Sozialwohnungen auf dem Grundstück der Kramer-Mühle aussieht.

**Bürgermeister Dr. Eger** führt aus, dass der Grundstückserwerb an der Kramer-Mühle unter dem Eindruck der für 2015, 2016 und folgende Jahre zu erwartenden Personenzahlen zur Anschlussunterbringung zu sehen war. Im Rahmen einer Mischkonzeption – Unterkünfte für Einzelpersonen im Schiff sowie Familien - sollte die Bebauung an der Mühle Sozialwohnungscharakter erhalten. Der Vorteil für die Gemeinde ist, dass die Fläche wenigstens gesichert ist. Zudem hatte sich die Gemeinde in den Anfängen schwergetan, adäquate Unterkünfte für die zu erwartenden Personenzahlen zur Vermeidung der Obdachlosigkeit erwerben zu können. Die anfangs prognostizierten hohen Zugangszahlen sind so bisher nicht eingetroffen, doch ist ihr weiterer Verlauf nach oben oder nach unten ungewiss. Auf dem Grundstück der Kramer-Mühle werden weiterhin Wohnungen geplant werden.

**Gemeinderat Michael Herling** erinnert daran, dass bei der Tröndle-Bebauung die Gemeinde nur ein ganzes Haus angeboten bekommen würde und dies aufgrund der Unsicherheit des Flüchtlingszustroms nicht in Frage kam. Ihn würde ein kommunaler Vergleich interessieren, wie viele Sozialwohnungen andere Kommunen in vergleichbarer Größenordnung vorhalten. Er möchte wissen, ob die Mieter ausziehen müssen, wenn die Voraussetzungen, wie zum Beispiel die Einkommensgrenze, nicht mehr erfüllt sind, und weist auf den Bedarf für junges Wohnen hin.

**KWG-Leiterin Simone Heger** erklärt, dass die Mieter einen Wohnberechtigungsschein benötigen, durch den die Voraussetzungen geprüft sind und der ein Jahr gültig ist. Es besteht die Möglichkeit, die Belegungsbindung einer anderen frei gewordenen Wohnung aufzuerlegen. Wohnungstausch, Mietvertragsänderungen und Belegungsbindungen sowie die jährlich notwendig werdende Überprüfung über einen Zeitraum von zehn Jahren verursachen jedoch einen immensen Verwaltungsaufwand.

**Gemeinderat Adolf Geider** versteht nicht, dass zuerst gesagt wurde, es werden Sozialwohnungen gebraucht, und nun heißt es, es würden keine mehr gebraucht.

**Bürgermeister Dr. Eger** stellt klar, dass er nie behauptet hat, dass Sozialwohnungen gebraucht werden, sondern dass Wohnraum für soziale Zwecke zur Unterbringung von Flüchtlingen mit Bleiberecht zur Vermeidung von Obdachlosigkeit benötigt wird. Es handelt sich also um zwei unterschiedliche Dinge, die man nicht durcheinanderbringen darf, um den Frieden in der Gemeinde nicht zu gefährden.



**Niederschrift**  
**zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

**Der Gemeinderat nimmt die Information über den sozialen Wohnungsbau zur Kenntnis.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b> <b>Errichtung von betreuten Wohnungen für Senioren</b> <b>beim Caritas Seniorenzentrum St. Leon-Rot</b> <b>hier: Antrag der Fraktion der Freien Wähler in der Sitzung am 01.03.2016</b> <b>zur Realisierung des Projekts in Eigenregie der Gemeinde</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 11</b>  <b>- 632.6 -</b>
--	---

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Werner Kleiber** hält Sachvortrag laut Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Theo Vetter** stellt klar, dass nicht die Gemeinde unternehmerisch tätig werden soll, sondern Wohnungen als Tauschobjekte zur Verfügung bekommen sollte für Leute, die ihre Häuser der Gemeinde als Flüchtlingsunterkünfte im Zuge der dezentralen Unterbringung anbieten wollten. Diese Überlegung ist unter den jetzigen Voraussetzungen zwischenzeitlich jedoch hinfällig geworden. Seine Fraktion wünscht mit dem Bauträger Vergabekriterien auszuhandeln, und zwar an Personen ab 60 Jahren, in erster Linie aus St. Leon-Rot und dann nach Losvergabe. Die Vergabeentscheidungen sollen nicht im Gemeinderat getroffen werden müssen.

**Gemeinderat Michael Herling** befürchtet die dauerhafte Vermietung – Entmietung ist undiskutabel - oder gar den Leerstand der von der Gemeinde angekauften Wohnungen für den Fall, dass keine passenden Tauschobjekte angeboten werden. Für einen Leerstand kann er aufgrund des großen Bedarfs keine Unterstützung zusagen. Bezüglich der Altersgrenze soll auch der Fall bedacht werden, dass Jüngere für ihre pflegebedürftigen Angehörigen vorsorgen müssen. Zum Bau signalisiert er Zustimmung.

**Gemeinderat Roman Heger** ist für die Grundstücksvergabe an einen Bauträger, er ist gegen den Ankauf von drei Wohnungen und deren Vergabe durch die Gemeinde.

**Gemeinderat Udo Back** plädiert dafür, dass die Gemeinde selber baut und an ältere Leute vermietet.

**Gemeinderat Erwin-Peter Albert** signalisiert grundsätzlich Zustimmung, möchte jedoch auch keine leerstehenden Wohnungen riskieren, sondern ist für kurzfristige Vermietung.

**Bürgermeister Dr. Eger** hält eine zeitliche Begrenzung zum Beispiel auf ein halbes Jahr ebenfalls für notwendig, da drei Wohnungen bereits ein Drittel des gesamten Angebots ausmachen. Über die Grundstücksvergabe lässt sich regeln, nach welchen Prioritäten die Wohnungen zu vergeben sind.

**Gemeinderat Norbert Knopf** plädiert dafür, dass die Gemeinde sich im Rahmen der Grundstücksvergabe eine Option für ein halbes Jahr geben lässt. Dabei hat die Gemeinde kein Risiko.

**Gemeinderat Theo Vetter** stellt klar, dass seine Fraktion nie einen Wohnungsleerstand gemeint hatte, sondern dass die Gemeinde bis zur Fertigstellung des Objekts die Option auf die drei Wohnungen behalten sollte. Ein Risiko für die Gemeinde kann er darin nicht sehen, weil die Nachfrage höher ist als das Angebot. Man könnte sogar beim Verkauf des Grundstückes die Wohnung gegenrechnen und hätte damit keinen gesonderten Investitionseinsatz.

**Gemeinderat Roman Heger** fragt, ob die Nachfrage vorwiegend von Kapitalanlegern kommt.

**Bauamtsleiter Wernern Kleiber** antwortet, dass es eine gemischte Nachfrage gibt, zum einen Leute ab etwa 45 Jahren als Altersvorsorge und zum anderen ältere Menschen, die selber einziehen möchten.

**Bürgermeister Dr. Eger stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:**

**Das Grundstück wird, wie bereits in der Sitzung am 01.03.2016 vorgeschlagen, an einen noch auszusuchenden Bauträger vergeben. Die zwei Bauträger, die sich für die Realisierung des Projektes interessieren, werden zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen.**

**Der Gemeinderat stimmt mit 21 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu.**

**Sodann stellt Bürgermeister Dr. Eger den folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:**

**Niederschrift  
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07. Juni 2016**

---

Der Gemeinderat ist sich im Grundsatz einig, dass im Gegenzug zur Grundstücksvergabe drei der neu entstehenden Wohnungen - in jedem angebotenen Größensegment eine - erworben werden sollen.

Der Gemeinderat beschließt dies mit 16 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen.

Gemeinderätin **Anneliese Runde** beantragt, die öffentliche Sitzung zu beenden.

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen einer Gegenstimme und drei Enthaltungen, die Tagesordnungspunkte 12 bis 16 zu vertagen.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>12</b>
<b>Benennung der Erschließungsstraße im Gewerbegebiet „Schiff II“</b>	<b>-656.04 -</b>	

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>13</b>
<b>Verleih von Strommessgeräten in den Büchereien hier: Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2016</b>	<b>- 794.02 -</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>14</b>
<b>Teilnahme von St. Leon-Rot an der Aktion STADTRADELN hier: Antrag Bündnis 90/Die Grünen vom 22.03.2016</b>	<b>- 794.08 -</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>15</b>
<b>Verschiedenes</b>		

**Ausführungen und Beschluss:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

<b>Sitzung am: Dienstag, 07. Juni 2016 Nr. 6 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt:</b>	<b>16</b>
<b>Wünsche und Anfragen</b>		

**Ausführungen und Beschluss:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.